



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

10. Sitzung (öffentlich)

24. November 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:15 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 2 „Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen in der 17. Wahlperiode“ als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln.

1. Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen in der 17. Wahlperiode

6

Vorlage 17/208

2. **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) (siehe Anlage)** 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Erläuterungsband Einzelplan 08
Vorlage 17/301

3. **Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I** 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht pflichtig, sondern nachrichtlich zu beteiligen.

4. **Förderung von E-Government – Welche Projekte werden umgesetzt, um die Kommunen in NRW fit für die digitale Zukunft zu machen?** 24

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/311

5. **Stärkungspakt Stufe III – Aktueller Sachstand** 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/309

6. **Wirksamkeit der Mietpreisbremse erhöhen – Kein Kahlschlag beim Schutz von Mieterinnen und Mietern** 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1118

Der Ausschuss kommt überein, sich über das weitere Vorgehen im Rahmen einer Obleuterunde zu verständigen.

7. NRW muss auf Bundesebene Impulsgeber für eine Neuausrichtung der Energieeinsparverordnung werden **28**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1112

Der Ausschuss kommt überein, sich über das weitere Vorgehen im Rahmen einer Obleuterunde zu verständigen.

8. Stand der Wohnraumförderung im Vergleich 2016/2017 **29**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/310

9. Verschiedenes **31**

* * *

3. Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046

Vorsitzender Stefan Kämmerling teilt mit, der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung habe am 17. November 2017 die Anhörung von Sachverständigen am 18. Dezember 2017 beschlossen.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) spricht sich für eine pflichtige Beteiligung in Fraktionsstärke aus.

Johannes Remmel (GRÜNE) spricht sich ebenfalls für eine pflichtige Beteiligung aus, möchte aber ebenfalls die Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit einbeziehen.

Vorsitzender Stefan Kämmerling erläutert, der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung habe sich darauf verständigt, dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie dem Rechtsausschuss eigene Anhörungen zum Thema zu gestatten.

Stephen Paul (FDP) möchte sich auf eine pflichtige Beteiligung der Anhörung im federführenden Ausschuss beschränken.

Johannes Remmel (GRÜNE) meint, insbesondere die Frage der Krankenhäuser werde im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales behandelt, was direkte kommunale Bezüge habe.

Fabian Schrumpf (CDU) schlägt vor, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig und nachrichtlich an der Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu beteiligen.

Christian Dahm (SPD) regt auch im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine pflichtige Teilnahme an, weil es sich um unmittelbare Belange der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen handele.

Vorsitzender Stefan Kämmerling stellt schon einmal Einigkeit in Bezug auf die pflichtige Teilnahme an der Anhörung im federführenden Ausschuss fest.

Fabian Schrumpf (CDU) erinnert an den Wunsch von Bernhard Hoppe-Biermeyer, an der Anhörung in Fraktionsstärke teilzunehmen.

Stefan Kämmerling (SPD) zeigt sich überrascht, da er eine Teilnahme an einer Anhörung in Fraktionsstärke im Gegensatz zu Abstimmungen nicht kenne. Gleichwohl könne sich der Ausschuss selbstverständlich so verabreden.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht pflichtig, sondern nachrichtlich zu beteiligen.